

**Niederschrift
über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses
am 18.05.2015**

Anwesende: vgl. ANLAGE 1

Beginn der Sitzung: 15:07 Uhr

Ende der Sitzung: 16:25 Uhr

Tagesordnung:

1. Festlegung der Tagesordnung und
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 23.03.2015
2. Berichte
3. Aktuelles aus der Verwaltung
4. „Guter Ganzttag“
5. „Große Lösung“ bei der SGB-Reform
6. Mindeststandards für die Inhalte der Ausbildung von Jugendleiterinnen und
Jugendleitern
7. Verschiedenes

1. Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 23.03.2015

■ begrüßt als ältestes anwesendes Mitglied die weiteren Mitglieder und Gäste. Die Tagesordnung wird festgestellt. Die Niederschrift vom 23.03.2015 wird ohne Änderungen genehmigt.

2. Berichte

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

3. Aktuelles aus der Verwaltung

■ informiert, dass die Globalrichtlinie OKJA Ende 2014 außer Kraft getreten ist, aber mit den Bezirksamtern einvernehmlich weiter angewendet werde. Die Arbeitsgruppe Zukunft der OKJA hat einen neuen Entwurf der Globalrichtlinie erarbeitet. Der Entwurf enthält keine umwälzenden Änderungen, sondern Aktualisierungen etwa zu den Themen:

- Schutz von Minderjährigen (z.B. Prüfung von Vorstrafen bei Personal und Ehrenamtlichen),
- erzieherischer Kinder- und Jugendschutz (z.B. Salafismus),
- geschlechterreflektierte Arbeit (z.B. Berücksichtigung der Leitlinien zur Mädchen- und Jungenarbeit),
- Kooperation mit Schulen (z.B. Wegfall der Regelung, dass bezirkswweit maximal 25% der Ressourcen für die Kooperation mit Schulen eingesetzt werden dürfen) und
- Wirkungsüberprüfung (Verzicht auf eine Wirksamkeitsuntersuchung wegen methodischer Schwierigkeiten).

Nach Abschluss der BASFI-interne Abstimmung des Entwurfs werde in Kürze die Abstimmung mit den Bezirksamtern eingeleitet. Diese könnten binnen acht Wochen Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge einbringen. Dem LJHA könne die Globalrichtlinie in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Zur Stellenbesetzung im ASD berichtet ■ dass derzeit die dritte zentrale Ausschreibung laufe. In den ersten beiden Ausschreibungen konnten 62,5 Stellen besetzt werden. Bislang haben allerdings noch nicht alle ausgewählten Personen ihren Dienst angetreten, da beispielsweise noch Kündigungsfristen bestehen. Insgesamt hätten sich für alle 3 Ausschreibungen 366 Personen beworben. Über das Stabilisierungspaket wurden 72,43 zusätzliche Stellen bewilligt. Zur Fluktuation würden keine gesicherten Daten vorliegen, grob hochgerechnet gehe man jedoch von 30-40 % Fluktuation pro Jahr aus. Derzeit hätten 47% aller Fachkräfte weniger als 3 Jahren Berufserfahrung im ASD. Neue Fachkräfte durchlaufen eine 18-monatige Einarbeitungsphase und nehmen an der Fortbildungsreihe „Neu im ASD“ im SPFZ teil, die in regelmäßigen Abständen stattfindet. Derzeit befinden sich rund 115 Personen in der Einarbeitung. Verantwortung für Kinderschutzfälle übernehmen Fachkräfte erst nach Abschluss der Einarbeitungsphase. ■ teilt mit, dass eine mögliche Höhergruppierung von Erzieherinnen und Erziehern keine spürbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt des ASD haben dürfte, da es nach wie vor um zwei verschiedene Tarife handele (EGO 20.4 für Sozialpädagogen und EGO 20.5 für Erzieher).

■ erläutert, dass bisher die bei den Trägern entstehenden Mehrkosten, die durch Tarifsteigerungen entstehen, bei FS 42 überwiegend durch nicht verbrauchte Mittel bzw. Reste aufgefangen werden konnten. Im Haushalt der BASFI seien für 2015 insgesamt 3 Mio. Euro zentrale Mittel für die Tarifvorsorge eingestellt. Diese Mittel seien sowohl für die Zuwendungsempfänger der BASFI, als auch für die bezirklichen Träger gedacht. Konkret sei den Bezirken bereits 2014 eine Reservierung von insgesamt 1 Mio. Euro zugesagt worden. Ob diese Summe reicht, sei derzeit noch nicht absehbar. Bislang wurden von keinem Bezirk Mittel abgefordert. Zur Abforderung gilt das bekannte Verfahren, was früher über die Finanzbehörde abgewickelt wurde, was bedeutet, dass das Bezirksamt nachweisen muss, dass keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

■ übernimmt um 15:20 Uhr als ältestes anwesendes Mitglied die Sitzungsleitung. Auf Nachfrage von ■ spricht sich die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des LJHA gegen eine Befassung des Ausschusses mit der aktuellen Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst im TVöD aus.

4. „Guter Ganzttag“

Leiterin des Referates Ganztägige Bildung und Betreuung in der Behörde für Schule und Berufsbildung berichtet, dass ihr Referat derzeit die Weiterführung der Standortbesuche organisiere. Nachdem 2014 bereits alle 125 GBS-Grundschulen besucht und eine Bestandsaufnahme gemacht wurde, werden in diesem Jahr auch die GTS-Standorte eingebunden. Seit März hätten bereits rund 60 Besuche stattgefunden, die von den Schulaufsichtsbeamten und unter Beteiligung der Schulleitung, Lehrer, pädagogischen Fachkräfte, Träger und Eltern durchgeführt würden. Die Besuche würden von allen Beteiligten positiv wahrgenommen und bewertet.

Der unbefristete Streik der sozialen Berufe betreffe auch Standorte der GBS. In diesem Zusammenhang seien gegenwärtig viele Fragen von Schulleitungen und Eltern beispielsweise zur Ferienbetreuung zu klären. Die Träger und Verbände waren aufgefordert die betroffenen Schulen rechtzeitig über die Streikabsicht zu informieren. Der Ausfall der Betreuungsleistungen werde nicht vollumfänglich durch die Schule aufgefangen.

Zur Initiative „Guter Ganzttag“ führt aus, dass diese geforderten Optimierungen teilweise nachvollziehbar seien. Es bleibe jedoch zunächst das Ergebnis der Volksinitiative abzuwarten.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden zufriedenstellend beantwortet. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

5. „Große Lösung“ bei der SGB-Reform

berichtet, dass das Thema erstmals im 13. Kinder- und Jugendhilfebericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Erscheinung getreten sei.

Zuletzt wurde intensiv im Rahmen einer Arbeitsgruppe zum Bundesteilhabegesetz an der Thematik gearbeitet. Unter www.gemeinsam-einfach-machen.de sind die Protokolle der Arbeitsgruppe abzurufen. Die 6. Sitzung der Arbeitsgruppe am 20.01.2015 hat sich mit der Großen Lösung befasst. Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe wird in Kürze veröffentlicht.

informiert, dass die Arbeitsgruppe sich unter der Prämisse der Kostenneutralität mehrheitlich für die Große Lösung SGB VIII ausspricht. Allerdings seien hinsichtlich der Umsetzung der Großen Lösung SGB VIII noch offene Punkte zu klären, wie beispielsweise die Wirkung einer einheitlichen Kostenheranziehung oder Auswirkungen auf die Hilfen zur Erziehung. Zweifel bestehen, ob die Umsetzung der Großen Lösung SGB VIII nicht das Bundesteilhabegesetz mit seinen schon jetzt sehr komplexen Regelungsinhalten überfrachten würde. Daher wäre auch eine Umsetzung unabhängig vom Bundesteilhabegesetz denkbar. Nichtsdestoweniger würde eine Große Lösung eine immense organisationspolitische Aufgabe für die Jugendhilfe bedeuten.

merkt an, dass im Falle einer Großen Lösung zusätzliche Anforderungen an die Jugendämter gestellt würden, die nicht zwingend zu einer Verbesserung für die Bürger führen würden.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden zufriedenstellend beantwortet.

Es wird vereinbart, dass die BASFI den LJHA informiert, sobald sich neue Entwicklungen abzeichnen. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

6. Mindeststandards für die Inhalte der Ausbildung von Jugendleiterinnen und Jugendleitern

Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt der Änderung der Mindeststandards einstimmig zu.

7. Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez.

(Vorsitz)

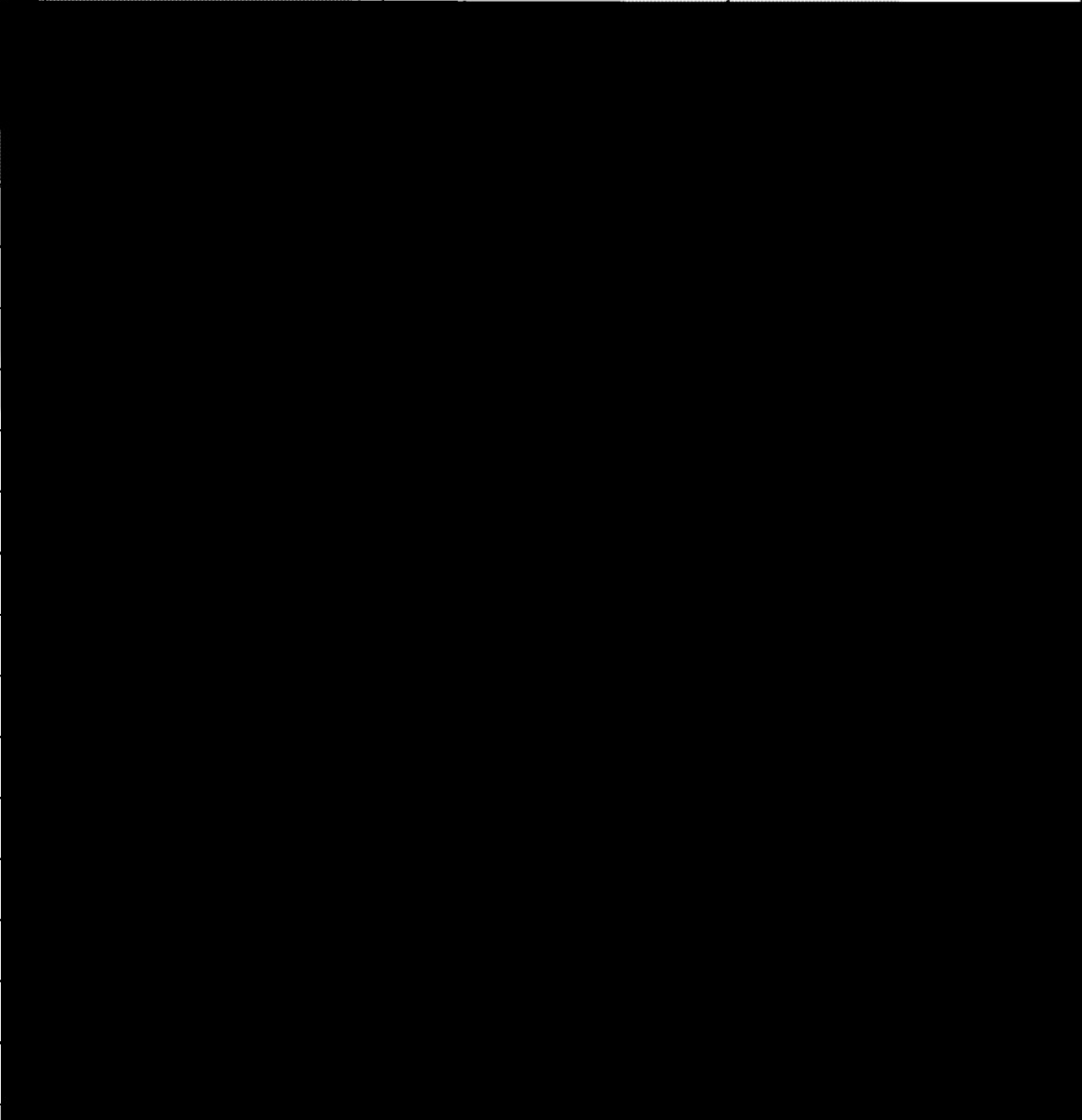
gez.

(Protokoll)

Landesjugendhilfeausschuss

Anwesenheitsliste

Sitzung am 18.05.2015

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			

Landesjugendhilfeausschuss
Anwesenheitsliste
Sonstige Teilnehmer

Sitzung am 18.05.2015

Lfd. Nr.	Name	Funktion	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			